



Infrastrukturen der Erinnerung

Die Wirtschaftsüberlieferung der DDR in den 1990er Jahren

Sicherstellungen von Akten des Ministeriums für Staatssicherheit in Halle, Januar 1990 (Foto: Schulz) (BArch, Bild 183-1990-0104-013)

Dass die DDR-Vergangenheit über Archivgut und Akten aufgearbeitet werden sollte, galt in den 1990er Jahren als ausgemacht. Doch was geschah mit dem Schriftgut der Wirtschaft?

Mit der deutschen Vereinigung schien die Stunde der Archive geschlagen. Während der Umgang mit den Akten des MfS und der SED mittlerweile geschichtswissenschaftlich untersucht wurden, ist die Geschichte des Umgangs mit dem Schriftgut der Wirtschaft weniger bekannt. Kernüberlegung dieses Beitrags ist, dass die Transformation der frühen 1990er Jahre derartig tiefgreifend war, dass die Industriekultur der sogenannten neuen Bundesländer nicht nur durch politische und soziale Entwicklungen, sondern durch die Möglichkeiten, überhaupt Geschichte zu erzählen, geprägt wurden.

Archivwesen im Umbruch

Die DDR sollte nicht wie der Nationalsozialismus einem vermeintlichen Vergessen anheimfallen, sondern aufgeklärt und untersucht – untersuchbar – werden. Die neue Bundesrepublik wollte ein Beispiel in Sachen Aufarbeitung geben. Damit trafen sich offizielle Bemühungen mit den Ansprüchen der DDR-Bürgerrechtsbewegung, die Transparenz und Aktenzugang, insbesondere zu den Unterlagen des MfS, forderte.

Mit der Gauck-Behörde und der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv wurden für zwei große Aktengruppen institutionelle Lösungen gefunden.

Die Diskussion dahinter drehte sich um die Frage,

wie die Archivgeschichte der DDR zu bewerten sei. In der Wochenzeitung „Das Parlament“ rückte die westdeutsche Historikerin Marianne Doerfel die Archive der DDR generell in die Nähe zum MfS. Archive in der DDR insgesamt seien Mittel der Diktatur gewesen und hätten der Durchsetzung eines SED-sanktionierten Geschichtsbilds gedient.

Auf der Gegenseite standen mit Liselott Enders oder Reinhard Kluge wichtige Vertretende der DDR-Geschichts- und Archivwissenschaft, die die Leistungen der DDR auf dem Gebiet der archivischen Bewertung und Verzeichnung verteidigten. Sie hoben etwa darauf ab, dass sich die Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze ob ihres allgemeinen Charakters dafür eignen würden, eine systematische Datenverarbeitung im gesamtdeutschen Archivwesen einzuführen.

Entscheidend an dieser Diskussion war zum einen, dass die Grenzen nicht zwischen Ost- und Westarchivarinnen und -archivaren verliefen. In einer gemeinsamen Erklärung verlangten der Verein deutscher Archivare und der Verband der Archivare der DDR im August 1990 etwa, dass die neuen Landesarchive nicht den Innenministerien zuzuordnen seien – was ein Memento politischer Einflussnahme auf die Überlieferungsbildung darstelle. Zum anderen blieb für Diskussionen keine Zeit: Während die Standortbestimmung in den „Archivmitteilungen“ noch anlief, schufen Vereinigung und Treuhandanstalt (THA) Fakten.

Vom Depot zu DISOS

Dass besonders das Wirtschaftsschriftgut nach der Vereinigung gefährdet sein würde, ließ sich bereits in den „Archivmitteilungen“ im ersten Halbjahr 1990 lesen. Mit der DDR-Archivgesetzgebung und der Verstaatlichung der Betriebe gehörten auch deren Akten zum staatlichen Archivfonds. Je nach Einstufung in das dreigliedrige Schema der Wertkategorie waren Unterlagen an die staatlichen Archive abzugeben. Lediglich ausgewählte Kombinate und VEB unterhielten eigene Endarchive, darunter Leuna, Buna und Wolfen.

Die Politik der THA schloss damit auch die Privatisierung der Betriebsarchive ein. Die Unschärfe, die sich 1990 einstellte, beruhte darauf, dass nicht klar war, was mit den Akten liquidierten Betriebe und mit privatisierten Akten von historischer Bedeutung geschehen sollte.

In der folgenden, unter hohem Zeitdruck stehenden Aushandlung engagierte sich eine Reihe von Akteuren, angefangen bei den im Entstehen begriffenen Landesarchiven, die auf die Fortgeltung der DDR-Gesetze bis zur Verabschiedung eigener Landesarchivgesetze (in Sachsen-Anhalt 1995) insistierten. Daneben trat die Vereinigung Deutscher Wirtschaftsarchivare (VdW) auf den Plan: Klara van Eyll, Direktorin des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchivs in Köln, intervenierte im Frühjahr 1991 durch einen Aufruf im „Archivar“ bei der THA-Geschäftsleitung. Darin forderte sie „Sofortmaßnahmen für die Sicherung des

Akten zum Konzentrationslager Auschwitz-Monowitz im Betriebsarchiv der Leunawerke, 1964 (Foto: Helmut Schaar) (BArch, Bild 183-C0320-0049-001)



Schriftguts der Wirtschaft“, um dessen „unkontrollierte[...] Vernichtung“ zu verhindern.

Parallel zu diesen Interventionen organisierten sich vor allem in Berlin/Brandenburg sowie in Sachsen die Betriebsarchivarinnen und -archivare, die bereits in der DDR im Austausch gestanden hatten. Sie versuchten, innerhalb der Betriebe ihre Position zu wahren und die Archive zu retten – was nur in Ausnahmefällen gelang. Diese regionalen Gruppen suchten rasch den Anschluss an den VdW, um nach westdeutschem Vorbild bei den Industrie- und Handelskammern Wirtschaftsarchive aufzubauen. Während eine solche Institutionalisierung im Fall des Sächsischen Wirtschaftsarchivs gelang, scheiterte sie in Sachsen-Anhalt.

Die Unbekannte in der Gleichung blieb jedoch die THA. Diese sah zunächst vor, dass die Verantwortung für Wirtschaftsschriftgut bei den regionalen Direktoraten liegen sollte. Eine Aufbewahrung war im Rahmen der Pflichten nach dem Handelsgesetzbuch vorgesehen. Im Original sollten lediglich Geschäftsberichte und Bilanzen, der Rest platzsparend „auf Bildträgern oder anderen Datenträgern archiviert werden“. Letztlich kam es jedoch zum Aufbau sogenannter Landesdepots in den Landeshauptstädten, die die Unterlagen liquidierten Betriebe verwahrten. Ein Grund dafür war, dass die Landesarchive erklärt hatten, die mit den Unterlagen verbundene Auskunftspflicht für die Rentenversicherung nicht übernehmen zu können. Stattdessen erteilten die Depots diese Auskünfte. Gleichzeitig sollte ab 1996 dort eine Bewertung stattfinden, bevor deren Bestände in die Landesarchive übergangen. Erschwert wurde diese Konstellation dadurch, dass die Abteilung Verwaltung der THA 1994 als Datenverarbeitung-InformationsSysteme, Organisation und Service GmbH (DISOS) privatisiert wurde. Die Verwaltung der Depots übernahm die DISOS als Dienstleister für die Nachfolgeinstitution der THA. Die DISOS, inzwischen von IBM übernommen, wiederum verlor diesen Auftrag 2006 an die Rhenus Logistik GmbH.

Korporatismus, Privatisierung und Archivwerttheorie

Wie ordnet sich nun der Umgang mit den Akten in die Geschichte der 1990er Jahre ein? Erstens steht im Hintergrund die Frage nach der Kotransformation, also den Rückwirkungen des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Wandels auf die alte Bundesrepublik. Deutlich wird hier, dass sich insbesondere der VdW gründlich verschätzte. Der Verband hatte auf die Landesdepots gesetzt – insbesondere in Sachsen

Hegelstr. 25
PSF 4023
0-3010 Magdeburg

SKL Motoren- und Systemtechnik AG
(vormals Buckau Wolf)
Herrn Vorstandsvorsitzenden
Dr. Modes
Alt Salbke 6-10
0-3013 Magdeburg

L. Casp.
Ort
Ort
Datum 5.4.8
Dr. Modes

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen
5.2.5.g-brDatum
02.04.1991

1103

Sicherung von Archivgut

Sehr geehrter Herr Dr. Modes!

In Wahrnehmung archivischer Verantwortung wendet sich das Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt nochmals mit der Bitte an Sie, auch unter komplizierten wirtschaftlichen Bedingungen zu gewährleisten, daß die historisch wertvolle Überlieferung Ihres Unternehmens bewahrt und sachgemäß behandelt wird. Die grundlegenden Voraussetzungen dafür sind die Erhaltung Ihres Archives und dessen weiterhin qualifizierte Besetzung, die erst eine effektive Einflußnahme auf die Verwaltung des Schriftgutes in den Strukturteilen und dessen kontinuierliche Übernahme in das Archiv ermöglicht. Um die Tragweite des Archivproblems zu verdeutlichen, möchte ich gleichfalls darauf verweisen, daß in Ihrem Archiv neben der jetzt ausschließlich historisch wertvollen Überlieferung auch eine hohe Anzahl von Unterlagen lagert, die aus praktischer Sicht kurz- oder längerfristig aufbewahrt und in betrieblichem Interesse schnell und qualifiziert für die Benutzung bereitgestellt werden muß. Zu diesem Schriftgut zählen beispielsweise Lohn- und Gehaltsunterlagen, Unfallmeldungen, technische Unterlagen, Verkaufsunterlagen.

Ich bitte Sie deshalb, berücksichtigen Sie in historischem und eigenem Interesse bei Entwicklungskonzepten für Ihr Unternehmen ausreichend das Archiv, denn es ist bzw. kann Ihnen eine wertvolle Hilfe werden. Das Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt sichert Ihnen nach wie vor seine Unterstützung zu. Konsultieren Sie uns bitte, wenn es auf archivischem Gebiet Schwierigkeiten gibt bzw. informieren Sie uns bitte, wenn es bereits zu Veränderungen gekommen ist. In der Hoffnung auf die Sicherung der archivischen Quellen und eine weitere gute Zusammenarbeit verbleibe ich

Beispiel eines Schreibens des Landeshauptarchivs Sachsen-Anhalt an Betriebe seines Zuständigkeitsbereichs zur Erhaltung der betrieblichen Überlieferung und der Archive in der Zeit des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruchs, April 1991 (LASA, Registratur, Nr. 56413-I 34)

und Berlin/Brandenburg, aber auch in Sachsen-Anhalt, herrschte die Hoffnung vor, die Depots würden den Kern regionaler Wirtschaftsarchive bilden. Damit versuchte sich der VdW auch in der Konfrontation mit der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (GUG) durchzusetzen, die „schlankere“ Lösungen für Unternehmen anbot. Die GUG hatte sich durch eine Außenstelle in Potsdam und einen Ratgeber zur Führung von Unternehmensarchiven bereits früh als Akteur ins Spiel gebracht.

Das verweist auf die zweite Interpretationsachse, nämlich die Frage, wie die DISOS in die Geschichte des Archivwesens einzuordnen ist. Die DISOS trat mit einem grundsätzlicheren Anspruch an als lediglich zeitlich begrenzt Lagerhallen für Altakten zu verwalten. In seinen Publikationen wies das Unternehmen unermüdlich darauf hin, dass es Archive effizienter führen könnte, als eine Behörde. Es wollte beweisen, dass Archive kein „Cost“, sondern ein „Profit Center“ seien. Der Boom privater Archivdienstleister seit den 1990er Jahren, inklusive entsprechender Skandale („Aktenlager Immelborn“), war Konsequenz dieser

Verheißung. Die Erwartungen an die elektronische Datenverarbeitung begünstigten im Archivwesen der Wirtschaft Karrieren von Mathematikerinnen und Mathematikern sowie Physikerinnen und Physikern mit entsprechenden Erfahrungen.

Diese Geschichte ist drittens eng verwoben mit der Geschichte der Archivreformdebatten. Die Archivalandschaft der frühen 1990er Jahre war geprägt durch die „neue archivische Bewertungsdiskussion“, ausgelöst durch die Neuübersetzung von Theodore Schellenbergs „The Appraisal of Modern Records“ im Jahr 1990. Die Diskussion drehte sich um die Frage, ob in der Überlieferungsbildung der „Evidenzwert“ oder der „Informationswert“ entscheidend sein sollten. Die Orientierung am „Evidenzwert“ zielte darauf ab, die Arbeitsweise der überlieferungsbildenden Stelle zu dokumentieren. Der „Informationswert“ dagegen stellte den Inhalt von Akten ins Zentrum. Diese Diskussion selbst war Resultat des Endes des Kalten Krieges. Der Archivar Bodo Uhl trat 1990 mit einer Generalabsage an Archivwerttheorien auf: Nachdem sowohl BRD als auch DDR darin versagt hätten, inhaltliche Kriterien für die Bewertung zu ermitteln, seien diese Versuche gänzlich aufzugeben.

Die Bewertungsdiskussion ist als Kontext für den Umgang mit dem Wirtschaftsschriftgut wesentlich. Im Spannungsfeld der Archivwissenschaft zwischen Geschichts- und Informationswissenschaft war Raum für das Experiment DISOS. Die Absage an Werttheorien verschaffte Positionen, die Akten als Logistikproblem und Archivarbeit als „Records Management“ betrachteten, Aufwind.

Archive und Industriekultur

In den frühen 1990er Jahren traf die von Unternehmen und Verbänden organisierte archivische Industriekultur der alten Bundesrepublik auf die staatlich organisierte archivische Industriekultur der DDR. Daraus entwickelte sich jedoch keine Übernahme des westdeutschen Modells. Durch die Politik der THA spitzte sich die Situation, nicht nur in den sogenannten neuen Bundesländern, rasch zu einer grundsätzlichen Konfrontation von staatlichen und privaten Organisationsformen im Archivwesen zu. Das Archivwesen zeigt anschaulich, wieso die Erinnerungskulturen des Ökonomischen nicht die befriedende Funktion entfalteten wie in Westdeutschland, sondern im Gegenteil bis heute Teil einer umstrittenen Erinnerung sind.

Jan Kellershoehn

(Institut für Landesgeschichte am Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt)